

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

28.8.1929 (No. 199)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14, Fernsprecher Nr. 953 und 954, Postfachkonto Karlsruhe Nr. 9515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: J. B. C. A. Seyffels Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 cm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsversteigerung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Währungsdruck, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger Zentralanbaltregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Aufhebung des Artikels 71 des Einführungs-gesetzes zur Reichsversicherungsordnung

Gemäß Artikel 3 des Gesetzes über Leistungen in der Invalidenversicherung vom 12. Juli 1929 (RGBl. I S. 135) wurde der Artikel 71 des Einführungs-gesetzes zur Reichsversicherungsordnung mit Wirkung vom 1. Oktober 1929 ab aufgehoben. Von letzterem Zeitpunkt ab steht demnach ein Anspruch auf Fürsorge auch den Hinterbliebenen solcher Versicherten zu, die am 1. Januar 1912 bereits verstorben, oder die an diesem Tage im Sinne des § 5 Abs. 4 des Invalidenversicherungsgesetzes dauernd erwerbsunfähig waren und dann verstorben sind, ohne inzwischen die Erwerbsfähigkeit wieder erlangt zu haben. Die gleiche Fürsorge soll nach erhaltener Mitteilung auch solchen Hinterbliebenen gewährt werden, welche mit ihrem Antrag auf Hinterbliebenenrente zufolge der bisherigen Vorschriften des oben erwähnten Artikels 71 des Einführungs-gesetzes zur Reichsversicherungsordnung rechtskräftig abgewiesen worden sind. Durch diese letzte Änderung der Reichsversicherungsordnung wird eine erhebliche Zahl Hinterbliebener von Invalidenrentenempfängern in den Genuß von Hinterbliebenenrenten kommen.

Voraussetzung für die Bewilligung der Hinterbliebenenrente ist jedoch, daß der verstorbene Versicherte zur Zeit seines Todes die Wartezeit in der Invalidenversicherung erfüllt und die Anwartschaft aufrechterhalten hat, oder daß er im Bezuge der Invalidenrente war.

Der Antrag auf Hinterbliebenenrente ist beim Bürgermeisteramt des Wohnorts der Hinterbliebenen oder beim Versicherungsamt zu stellen, welches denselben unter Anschluß der erforderlichen Nachweise (Heiratschein, Sterbeschein, ärztliches Zeugnis für die noch nicht 65 Jahre alten Witwen) der Landesversicherungsanstalt Baden zur Verbeurkundung übermitteln wird.

Einigung im Haag

Am Dienstag, gegen Mitternacht, wurde im Haag in einer Konferenz der sechs einladenden Mächte, die um 5 Uhr nachmittags begonnen hatte, endlich eine grundsätzliche Einigung zwischen den kontinentalen Gläubigermächten und England über die finanziellen Fragen erzielt, mit dem Vorbehalt, daß Deutschland zustimmt. Briand soll Dr. Stresemann versprochen haben, daß am 30. Juni nächsten Jahres der letzte französische Soldat das Rheinland geräumt haben wird. Ein Gerücht, daß Dr. Stresemann während der Sitzung zusammengebrochen und schwer erkrankt sei, hat sich glücklicherweise nicht bestätigt.

Heute werden die Besprechungen fortgesetzt. Die beiden wichtigsten Punkte hierbei sind die Fragen des Verhältnisses der geschützten zu den ungeschützten Teilen der Annuitäten und die Frage des Überschusses aus den letzten fünf Monaten des Dawesplanes in Verbindung mit der Frage der Besatzungskosten. Die deutsche Delegation ist in dieser Frage in keiner Weise festgelegt und hat freie Hand für ihre Entschlüsse. Eine Verhandlung dieser Fragen in der Nacht wurde von den deutschen Delegierten abgelehnt, weil Dr. Stresemann, der sich wegen Übermüdung durch die anstrengenden Verhandlungen zurückgezogen hatte, daran nicht hätte teilnehmen können. Gelangen diese Verhandlungen zu einem Ergebnis, so ist für Donnerstag eine Vollziehung vorgesehen. Sobald ein endgültiges Abkommen abgeschlossen sein wird, wird die Konferenz in der Lage sein, die Prüfung der notwendigen Maßnahmen zur Inkassierung des Young-planes zu treffen.

Nach Mitteilungen aus Kreisen der Delegierten ergibt die zwischen den Gläubigermächten erzielte Vereinbarung eine Quote von rund 78,5 Proz. der von England beanspruchten Beträge. Die Jahressumme, die dabei auf die ungeschützten Annuitäten entfällt, soll auf 96 Millionen gegenüber 88,5 des vorigen Angebotes erhöht werden sein. Die übrigen Gläubigermächte sollen gemeinsam England einen jährlichen Mehranteil von 40 Millionen Reichsmark garantieren. Ein endgültiges Abkommen soll erst heute, Mittwoch, festgelegt werden.

Die Aufnahme in Paris

W.D. Paris, 28. Aug. (Tel.) Die Nachrichten über den Verlauf der Nachprüfung der Haager Konferenz sind so spät in Paris eingetroffen, daß kaum ein Blatt über das erzielte grundsätzliche Einverständnis sich äußern kann. Nur der radikale „Quotidien“ nimmt Stellung. Er schreibt: Nicht nur Frankreich wird Briand für seine Geduld eine tau-

Letzte Nachrichten

Vor entscheidenden Sitzungen im Haag Deutschlands Räumungsforderung

Br. Haag, 28. Aug. (Priv.-Tel.) Die sogenannten „Dypermächte“ hielten bereits um 10 Uhr unter sich eine Besprechung mit den Engländern ab. Die deutsche Delegation hielt um 10 Uhr gleichfalls eine Sitzung ab, in der sie Stellung zu den heute nacht getroffenen Vereinbarungen nahm. Um 11 Uhr sollte dann eine Sitzung folgen, in der die „Dypermächte“ und England beteiligt sind. Man nimmt an, daß die deutsche Erklärung keine abschließende sein wird, sondern von der Erfüllung der politischen Forderungen abhängig bleibt.

Am Nachmittag um 4 Uhr treten dann die Besatzungsmächte zusammen, und unter der Voraussetzung, daß eine Einigung erfolgt, wird um 5 Uhr die große politische Kommission, die ja seit langer Zeit keine Sitzung mehr abhielt, zusammentreten. Wenn dann die endgültige Formulierung erfolgt, immer unter der Voraussetzung der Einigung, dürfte dann morgen eine Vollziehung stattfinden.

Wahrscheinlich wird das Reichskabinett irgendwo auf dem Weg zwischen Haag und Genf tagen. Es gilt als sicher, daß Stresemann an der Vollversammlung des Völkerbundes teilnimmt, die am Dienstag in Genf beginnt, während im Völkerbundsrat, der am Freitag seine Arbeiten aufnimmt, Deutschland durch den Grafen Bernstorff als ersten Bevollmächtigten vertreten sein wird. Ob eine Überleitung der gesamten deutschen Delegation nach Genf stattfindet, ist noch nicht entschieden. Man nimmt an, daß Dr. Wirth gleichfalls hingehet, aber unterwegs dem Deutschen Katholikentag in Freiburg einen Besuch abstattet.

Über die Einigung selbst ist zur Stunde noch nichts Genaues bekannt; es gilt aber als wahrscheinlich, daß die Annuitäten abgeändert worden sind, und daß zunächst eine Erhöhung eintritt, während später Aufträge erfolgen. Die Frage der Liquidation des deutschen Eigentums ist offenbar inzwischen vollkommen ausgeschaltet worden.

Die Fahrt des „Graf Zeppelin“

Die Empfangsvorbereitungen in New York W.D. New York, 28. Aug. (Tel.) Die Blätter heben die Begeisterung hervor, mit der der Zeppelin in El Paso begrüßt worden ist. Seit den Tagen des Waffenstillstandes sei dort ein solcher Jubel nicht mehr gehört worden.

Für den Empfang Dr. Edeners in New York ist der Freitag vorgesehen. Man plant ein umfassendes Programm, in dem der Triumphzug durch die Stadt wie im Falle Lindbergh und der „Bremen“-Flieger nicht fehlen wird. In Kreisen der Deutschamerikaner plant man die Überreichung einer Ehren-gabe, die wissenschaftliche Zeppelinflüge ermöglichen soll. Man erwartet, daß das Luftschiff am Mittwoch um 8 Uhr abends in Lakehurst eintrifft. Bei der Begrüßung wird das Marineamt durch Kommodore Admiral Latimer, den Kommandanten der Werft von Philadelphia, vertreten sein.

Bedingte Verhandlungsbereitschaft Rußlands

W.D. Kankin, 28. Aug. (Tel.) Nach einer Meldung des chinesischen Gesandten in Berlin hat Karachan mitgeteilt, daß, wenn die chinesische Regierung der Sowjetregierung gestattet würde, einen neuen Generaldirektor der chinesischen Ostbahn zu ernennen, die Sowjetregierung bereit sein würde, in formelle Verhandlungen wegen einer baldigen Lösung der chinesisch-russischen Krise einzutreten.

Die Elektrifizierung der Brennerbahn. In Anwesenheit des Herzogs von Aosta, des Unterstaatssekretärs im Wirtschaftsministerium und zahlreicher Vertreter der italienischen Behörden wurde die elektrische Zentrale im Eisackal eröffnet, die die Brennerbahnlinie sowie die Industrien von Oberitalien mit elektrischer Kraft versorgen wird. Die Zentrale ist die größte Europas.

sendmal verdiente Dankbarkeit zollen, auch Deutschland, das die Aufgabe des Youngplans in eine jähredliche politische Verwirrung gebracht hätte, ja selbst England, das in letzter Minute der Mißbilligung der gesamten Welt entging. Bemühen wir uns, zu vergeßen, auf welchem dornenbeladenen Wege, den uns Snowden geführt hat, man zu einem Ergebnis gelangt ist, über dessen Preis wir nicht diskutieren wollen. Von nun an haben die guten Anhänger des Friedens den Weg frei, um die großen Pläne durchzuführen, für die der Youngplan nur erst ein Beginn ist.

Der „Avenir“ erklärt kurz: Das Kompromiß ist gefunden, der Youngplan ist gerettet.

In der „Ere Nouvelle“ heißt es: Wenn ein grundsätzliches Einverständnis erzielt worden ist, dann haben wir uns nur darüber zu freuen und uns dazu zu beglückwünschen, daß die nationalen Interessen einem Ministerpräsidenten anvertraut wurden, der den Mut hatte, gegen jede Hoffnung zu hoffen und in Beharrlichkeit ein Einverständnis zu wollen, trotzdem alles dagegen sprach.

Die Anleihepolitik der Gemeinden

Von Dr. Otto Reinberg

In noch höherem Maße als früher sind die Gemeinden auf die Ausschöpfung der inländischen Anleihe-möglichkeiten angewiesen, und noch wichtiger ist daher heute für sie die pflegerische Behandlung des inländischen Anleihe-marktes. Wenn sich die Gemeinden in den letzten Jahren nötigenfalls mit Auslandskrediten behelfen konnten, um ihren notwendigen Geldbedarf zu befriedigen, so müssen sie heute die Wahrnehmung machen, daß die ausländischen Anleihe-märkte ihnen fast vollkommen versperrt sind. Ob und wann hierin eine Änderung eintreten wird, ist durchaus zweifelhaft, denn auf die Einigung über die Reparationsfragen wird die Aufbringung der großen Reparationsanleihe sämtliche großen internationalen Anleihe-märkte in Anspruch nehmen. Die Gemeinden werden daher noch lange damit rechnen müssen, ihren Anleihebedarf fast ausschließlich auf dem inländischen Geldmarkt zu befriedigen, und haben daher das allergrößte Interesse daran, alles zu tun, was geeignet ist, diese Märkte zu pflegen, zu erhalten und möglichst ergiebig zu machen.

Daß in dieser Hinsicht in letzter Zeit außerordentlich viel vernachlässigt worden ist, kann bei dem scharfen Wettbewerb der einzelnen Kommunen um die Erlangung von Anleihen nicht verwundern. Es sind aber auch Fehler und Unterlassungssünden begangen worden, deren Ursache wohl in erster Linie die Nichtkenntnis der Erfordernisse einer weitblickigen Anleihepolitik war. In normalen Zeiten braucht sich eine Gemeindeverwaltung um diese Dinge nicht viel zu kümmern. Sie bemüht sich, Anleihen in erforderlicher Höhe zu möglichst billigem Zinsfuß und möglichst günstigen sonstigen Bedingungen zu erhalten, und bemüht zu diesem Zweck die gegenseitige Konkurrenz der Geldgeber oder Geldvermittler. Heute liegen aber die Dinge am inländischen Geldmarkt ganz anders. Die Nachfrage nach Geld ist außerordentlich viel größer als das Angebot, und an die Stelle des gegenseitigen Wettbewerbs der Geldgeber ist der der Geldsuchenden getreten. Jeder Fehler, der von einer Gruppe dieser Geldsuchenden begangen wird, rächt sich an den Geldbedürftigen selbst durch Zurückhaltung des Marktes ihrem künftigen Geldbedarf gegenüber und durch ungünstigere Bedingungen bei erneutem Anleihebedarf.

Zahlreiche Gemeinden haben, wie schon erwähnt, hauptsächlich aus Unkenntnis hier manches vernachlässigt und dadurch viel verdrorben. Der Deutsche Städtetag hat sich deshalb ein großes Verdienst um die Gesundung der Anleihe-märkte erworben, indem er einen der erfahrensten Sachverständigen auf dem Gebiete der Kreditpolitik, dem Präsidenten des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Dr. Kleiner, zu einem Referat über das Wesen und die Bedingungen des kommunalen Anleihekredits aufforderte. Dr. Kleiner ist dem schwierigen Problem mit großer Sorgfalt nachgegangen und hat rücksichtslos eine Reihe von Fehlern aufgedeckt, die zahlreiche Gemeinde-verwaltungen bei ihren Anleiheaufnahmen begangen haben. Er hat z. B. auf die unzureichenden Börsenprospekte kommunaler Anleihen hingewiesen, die häufig keine genaueren Angaben oder veraltete Zahlen enthielten, kurz, den Erfordernissen einer guten Publizität nicht in befriedigender Weise nachkamen. Derartige kommt allerdings auch bei Emissionen der Privatwirtschaft häufig genug vor. Aber an der Publizität einer öffentlichen Körperschaft stellt man naturgemäß weit höhere Ansprüche, als an die einer privaten Unternehmung. Die Gemeinde muß, wenn sie eine Anleihe aufnimmt, daran denken, daß ihr Geldbedarf keineswegs mit dieser einen Anleihe für immer befriedigt sein wird, sondern daß sie noch öfter an den Geldmarkt wird herantreten müssen. Mit der Aufnahme einer Anleihe darf daher, auch wenn diese zu befriedigenden Bedingungen glatt untergebracht werden konnte, die Tätigkeit der emittierenden Gemeinde keineswegs erledigt sein. Jetzt beginnt erst die Aufgabe, durch pflegliche Behandlung der emittierten Anleihen, und vor allem durch eine systematische Kurspflege die Wege für künftige Anleihen zu bahnen. Diese Kurspflege ist für die einzelne Gemeinde nicht immer einfach, denn sie erfordert oft Kenntnisse der Geldmarkt- und Börsenverhältnisse, die den Mitgliedern der meisten Gemeinde-verwaltungen naturgemäß fehlen. Es ist daher außerordent-

lich zu begrüßen, daß die Deutsche Girozentrale sich zur Übernahme einer derartigen Kurspflege der Kommunalanleihen bereit erklärt hat, und es ist zu wünschen, daß weit mehr Gemeinden als bisher von diesem Anerbieten Gebrauch machen.

Aber auch in bezug auf den Zeitpunkt, die Ausstattung und die Bedingungen der gemeindlichen Anleihen wird es gut sein, wenn diese sich mehr als bisher des sachverständigen Rates der Girozentrale bedienen. Nicht mit Unrecht hat Dr. Kleiner darauf hingewiesen, daß die Gemeinden bei ihren Anleiheemissionen nur ihren Anleihebedarf im Auge haben, aber nicht genügend auf die jeweilige Lage des Kapitalmarktes Rücksicht nehmen. Häuft sich der Bedarf bei den Gemeinden und gelangt er so gleichzeitig zu einem höchst ungünstigen Zeitpunkt an den Geldmarkt, so kann die Folge davon sein, daß dieser Markt vollkommen deroutiert und aufnahmefähig gemacht wird. Eine geschickte und zurückhaltende Anleihepolitik, die ein möglichst planmäßiges, einheitliches und auf die Geldmarktlage Rücksicht nehmendes Vorgehen der geldbedürftigen Kommunen erfordert, wird am besten geeignet sein, das Ansehen der Kommunalanleihen wieder zu heben. Denn heute ist in der Tat der Goldmarkpfandbrief beim anlagestüchenden Publikum viel beliebter als die Kommunalobligation oder Kommunalanleihe. Das liegt hauptsächlich daran, daß hier die Kurspflege meistens eine viel sorgsamere ist. Das Streben, die Hypothekenspandbriefe den Kommunalobligationen hinsichtlich der Reichsmündelsicherheit künftig gleichzustellen, ist nur eine Folge der Entwicklung, die dazu geführt hat, daß die Hypothekenspandbriefe vom Publikum gegenüber den Kommunalanleihen vielfach bevorzugt werden.

Aus allen diesen Gründen liegt es in erster Linie im Interesse einer Besserung des Kommunalkredits, daß die Gemeinden auch in ihrer Anleihepolitik gemeinsam das gleichgerichtete Interesse verfolgen. Der von Dr. Kleiner gemachte Vorschlag, einen Ausschuß einzusetzen, der aus Vertretern des Deutschen Städtebundes sowie des Deutschen Sparfassen- und Giroverbandes zusammengesetzt sein soll, verdient baldige Berücksichtigung. Ein solcher Sachverständigenausschuß braucht dann nur Richtlinien für die Anleihepolitik der Gemeinden festzusetzen und den anleihebedürftigen Gemeinden zu sagen, daß sie in ihrem eigenen Interesse und im Interesse der Gesamtheit der Gemeinden einen bestimmten Zinssatz nicht überschreiten dürfen, um ein erfolgreiches Vorgehen der Gemeinden auf dem Anleihegebiet zu sichern. Es ist bei Annahme des Vorschlags Dr. Kleiners sehr wohl zu erreichen, daß inländische Kommunalanleihen nur dann begeben werden, wenn sie einen vom Ausschuß festzusetzenden Zinssatz und Emissionskurs innehalten. Mag es dann für die einzelne Gemeinde manchmal hart sein, ihren dringenden Anleihebedarf zurückstellen zu müssen, so wird es doch für die Gesamtheit der Gemeinden und für die Entwicklung des Anleihegeschäftes von sehr großer Bedeutung sein, wenn untragbare Anleihebedingungen von allen Gemeinden einmütig trotz größter Kreditnot abgelehnt werden. Eine solche Selbstziplin der anleihebedürftigen Gemeinden ist am besten geeignet, die Anleihemärkte wieder gesunden zu lassen und der Kommunalanleihe das allgemeine Ansehen wiederzugewinnen, dessen sie sich in früheren Zeiten in Deutschland erfreute.

Der pfälzische Dichterkreis in St. Martin

Am Sonntag fand in Anwesenheit zahlreicher Festgäste aus Baden und der Pfalz in dem bekannten Pfälzer Weinort St. Martin die feierliche Einweihung eines Dichterkreises statt. Die Ehrung galt den drei Pfälzern Heimathdichtern und Sängern, dem vortorbenden Stadtpfarrer von Eckenborn, Johann Martin Jaeger, bekannt unter seinem Dichternamen Fritz Claus, der in Karlsruhe wohnenden Pfälzer Dichterin Lina Sommer und dem unverwundlichen August Heinrich von Bellheim, „Bellmer Heimer“. Der Ehrenhain, ein Tannenwäldchen, liegt in nächster Nähe der sagenumwobenen Kropfsburg auf dem Wege zum Namt, inmitten prächtiger Wälder mit köstlichen Ausblicken ins Pfälzer Oberland. Ein mächtiger Sandsteinfindling von 8 Meter Höhe und 6 Meter Breite trägt die Reliefs der drei Pfälzer Dichter, von der Meisterhand des Karlsruher Bildhauers Wilhelm Kollmar mit lebensvoller Plastik gestaltet. Die Reliefs haben eine Höhe von einem Meter. Die Inschrift unter den Reliefs lautet: „Den um St. Martin verdienten Dichtern gewidmet!“ In der linken Ecke der Felsgruppe sind die Worte in Stein gehauen: „Dichterkreis, errichtet 1929 vom Verschönerungsverein St. Martin“.

Nach einem einleitenden Musikvortrag der Schülerkapelle Eckenborn begrüßte der zweite Bürgermeister von St. Martin, Koch, die zahlreichen Festgäste, unter ihnen neben Frau Sommer und August Heinrich, der sich in Begleitung seiner Familie und seiner 80jährigen Mutter befand, Verkehrsleiter Lader (Karlsruhe), Hofrat Bierordt (Karlsruhe), Eisenbahnoberinspektor Grimm (Ludwigshafen), den Geschäftsführer des pfälzischen Verkehrsrates, ferner Kommerzienrat Koch (Neustadt) vom Hauptverband des Pfälzerwaldvereins, Direktor Guido Scherer vom Verkehrsverein Heidelberg, Frau Gutsbesitzer Tina Will, die sich durch größere Spenden um das Ehrenmal verdient gemacht hat, u. a. Vertreter hatten weiter entsandt der Pfälzerwaldverein, der Verein der Rheinpfälzer und der Saarländerverein. Schließlich war aus dem Südschwarzwald eigens der Trachtenführer Lehmann von Gutach herübergekommen, um St. Martin die Brudergrüße des Schwarzwaldvereins zu überbringen.

Nach dem Vortrag eines vom „Bellmer Heimer“ verfassten Prologs durch Fräulein Moll (St. Martin) hielt Direktor Lader (Karlsruhe) die Weisrede, ausgehend von den freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Pfalz und dem Badner Land. Wenn einmal in nicht allzu ferner Zeit die neuen festen Brücken über den Rhein hinübergeführt, so möge man nicht vergessen, daß die heute Geehrten in erster Linie es gewesen waren, die die geistigen Brücken schlugen zum alemannischen Bruderstamm. Am Schluß seiner Rede überreichte der Redner den beiden noch lebenden Dichtern August Heinrich und Frau

Die Arbeitslosenversicherung Noch keine Verständigung

Unter dem Vorsitz des Zentrumsabgeordneten Ester fanden Dienstag nachmittag im Reichstag interfraktionelle Besprechungen der Regierungsparteien statt, in denen versucht wurde, einen Ausgleich der Differenzen zu suchen, die nach wie vor über die Reform der Arbeitslosenversicherung bestehen. Die Verhandlungen führten bisher zu keiner Verständigung und sollen fortgesetzt werden.

Es geht um die Frage der Anwartschaft auf Versicherung, der Wartezeit, die Frage der Höhe der Unterstützungsleistungen und der Beitragserhöhung. Mit den Sozialdemokraten sind auch die Demokraten der Meinung, daß ein allgemeiner Umbau der Leistungen für die Versicherten nicht angängig ist. Beide Parteien aber sind durchaus gewillt, Mißstände bei der Saisonarbeiterfürsorge, die sich häufig in zu hohen Leistungen für diese gut bezahlte Klasse von Arbeitern ausgewirkt haben, zu beseitigen.

Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstages hat die Beratung der Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz so weit gefördert, daß die weniger umstrittenen Punkte als erledigt gelten können.

Auch der Reichsrat beschäftigte sich heute mit der vom Reichsarbeitsministerium ausgearbeiteten Abänderungsvorlage. Der Ausschuß will natürlich keine Beschlässe abwarten.

Eine Erklärung der Arbeitgeberverbände

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände veröffentlicht eine Erklärung, in der es u. a. heißt:

„Die Vereinigung hat bereits im Mai d. J. ein Programm zu der dringenden Reform unterbreitet, das unter voller Wahrung des Versicherungscharakters der Arbeitslosenversicherung und unter voller Anerkennung der Notwendigkeit dieses Versicherungszweiges eine Sanierung der Reichsanstalt ohne eine weitere Mehrbelastung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern ermöglicht. Die inzwischen auf diesem Gebiet eingetretenen Ereignisse, insbesondere der vorliegende Regierungsentwurf zur Abänderung des Gesetzes, zwingen die Vereinigung, nochmals auf die dringende und sofortige Reformnotwendigkeit ohne weitere Mehrbelastung der Wirtschaft, nicht zuletzt im Interesse der Sicherung der Reichsanstalt, hinzuweisen und insbesondere ihre Bedenken gegen die jetzige Regierungsvorlage zu äußern.“

Die Reichsanstalt hat eine derzeitige Verschuldung von 350 Millionen Reichsmark und muß mit einem weiteren jährlichen Fehlbetrag von 280 Millionen Reichsmark und mit einem besonderen Mehrbedarf für den kommenden Winter von 106 Millionen Reichsmark rechnen. Im Reichshaushalt sind Mittel in nennenswertem Umfang für diese Zwecke nicht mehr verfügbar, ebenso wenig wie ihre künftige Beschaffung bei der Finanzlage des Reiches erwartet werden kann. Trotzdem ist bis zum heutigen Zeitpunkt weder von der Reichsregierung noch vom Reichstag ein entscheidender Schritt getan worden. Der von der Reichsregierung vorgelegte Gesetzentwurf sieht keine Deckung der zu erwartenden Fehlbeträge vor. Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hält nach wie vor eine Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung über 3 v. H. mit der gegenwärtigen Lage von Wirtschaft und Reich nicht für vereinbar. Die Absicht der Regierungsvorlage, die Wirtschaft durch die in Aussicht gestellte Beitragserhöhung um weitere 140 Millionen Reichsmark im Jahre zu belasten, steht aber auch im Gegensatz zu der von allen Kreisen anerkannten und auch vom Reichsfinanzminister wiederholt betonten Notwendigkeit, die Wirtschaft endlich steuerlich zu entlasten. Die Vereinigung ist nach wie vor der Auffassung, daß es möglich und notwendig ist, die Reichsanstalt unter Vermeidung einer Beitragserhöhung und ohne weitere Gefährdung des Reichshaushaltes durch Reform- und Ersparnismaßnahmen zu sanieren und eine auch ihren sozialen Aufgaben genügend Rechnung tragende Arbeitslosenversicherung zu schaffen. Sie weist mit besonderem Nachdruck auf die ersten Folgen hin, die entstehen müssen, wenn eine Reform der Arbeitslosenversicherung nicht vor Eintritt der Wintererwerbslosigkeit erfolgt, die Reichsanstalt und Reich nach wie weitere ungedeckte Hunderte von Millionen Reichsmark belasten würde.“

Eine Sommer namens der Stadt Karlsruhe die Goldene Plakette des Verkehrsvereins für Verdienst. Darauf fand die Enthüllung des Ehrenmals statt. Nach Dankesworten des Bürgermeisters Koch ergriff im Namen der Gefeierten August Heinrich das Wort und dankte mit tiefbewegten Worten für die erwiesene Ehrung. An der Feier nahmen etwa 200 Gäste teil, davon allein 60 aus Karlsruhe. Am Nachmittag fand nach einem gemeinsamen Essen auf der Kropfsburg die 30jährige Jubelfeier des Verschönerungsvereins St. Martin und das 10jährige Jubiläum des Verkehrsvereins statt, bei welcher Gelegenheit u. a. auch Verkehrsleiter Lader nochmals das Wort ergriff und dem Verschönerungsverein als Geschenk der Stadt Karlsruhe eine wertvolle Radierung, den Karlsruher Marktplatz darstellend, in vergoldetem Rahmen überreichte.

Volkschauspiel Dügheim. Das romantische Zigeunerspiel „Kreioja“ hat unter der bewährten Regie des Pfarrers Saier auf der Freilichtbühne Dügheim eine glänzende Wiederauflebung gefunden. Sämtliche „Kreioja“-Aufstellungen waren bis in die letzte Zeit hinein voll besetzt. Um auch dem nach dem Spielplan vorgesehenen „Zell“ noch gerecht zu werden, muß mit dem prächtigen Zigeunerspiel jetzt abgebrochen werden. Am nächsten Sonntag, den 1. September, zieht daher „Kreioja“ zum letztenmal über die Dügheimer Volksbühne. Dem Teilspiel sind dann noch die letzten 4 Spieltage vom 5. bis 8. September gewidmet.

Die Ausstellung „Die politische Bewegung der Jahre 1848 bis 1849“ in Mannheim wird am 31. August d. J. im Schloßmuseum eröffnet und bleibt, ebenso wie die Ausstellung „150 Jahre Mannheimer Nationaltheater“ bis Ende Oktober d. J. dem Publikum zugänglich. In zahlreichen Dokumenten, Porträts, Zeichnungen, Karikaturen, Maueranschlägen und Flugschriften gibt die Ausstellung einen Überblick über die politische Bewegung der Revolutionsjahre 1848/49 mit besonderer Berücksichtigung von Baden und Pfalz. Im Mittelpunkt der Ausstellung steht das Frankfurter Parlament und die Reichsverfassung von 1848. Mannheim ist mit diesen bedeutenden Veranstaltungen ein starker Anziehungspunkt für den sommerlichen Fremdenverkehr.

Siegfried Wagner am Dirigentenpult in Luzern. Auf Einladung der Kurverwaltung Luzern hat Siegfried Wagner als Nachfolger seines 60. Geburtstages am Montag ein Konzert in seiner Geburtsstadt Luzern dirigiert. Mit großem Erfolge wirkte die Sopranistin Frau Ruth Ardet aus Berlin, die bei den nächsten Bayreuther Festspielen die „Venus“ singen wird, mit.

Der Flug über den amerikanischen Kontinent Los Angeles—Lafayette

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“, das, wie gemeldet, zur letzten Etappe des Weltfluges 12.14 Uhr nachts (Dienstag 9.14 Uhr MEZ.) nach Lafayette gestartet ist, hatte dabei einen kleinen Unfall, da eine Schwanzstange eine elektrische Hochspannungsleitung streifte. Da der Luftzug nicht rasch genug vorstank, mußte Ballast in Gestalt von Proviant abgegeben werden.

Das Luftschiff flog zunächst der kalifornischen Küste nach Süden zu entlang, um sich dann ostwärts zu wenden. Das Luftschiff schlug die südliche Route ein, um die Höhen des Felsengebirges zu vermeiden. Von Yuma (Arizona) am Coloradofluß, das 1.30 Uhr mittags (MEZ.) passierte wurde, nahm das Luftschiff Kurs entlang der Southern-Pacific-Bahn und hat die Orte Aztec, Maricopa, Tucson, Benson, Wilcox, Bowie (sämtliche im Staate Arizona) in wechselnder Höhe und Fahrtgeschwindigkeit überflogen. Hinter Bowie verließ das Schiff das Gebiet von Arizona und trat in das von Neu-Mexiko über.

Die Stadt El Paso an der mexikanischen Grenze wurde heute, Mittwoch, früh 1.18 Uhr MEZ. überflogen. „Graf Zeppelin“ fuhr langsam über das Geschäftsviertel der Stadt hinweg, wo Tausende von Menschen, die stundenlang gemartet hatten, um das Luftschiff zu sehen, in laute Jubelrufe ausbrachen. Die Kirchenglocken läuteten und die Fabriksirenen heulten. Um 5.20 Uhr abends (1.20 Uhr MEZ. am Mittwoch) wandte sich das Luftschiff nach Süden und überflog den Rio Grande nach Neu-Mexiko hinein. Sechs Seeresflugzeuge gaben dem Luftschiff das Geleit. Heute, 5 Uhr früh MEZ., wurde Karlsbad (Neu-Mexiko) am Perrosfluß überflogen.

Das Luftschiff nahm dann fast genau östlichen Kurs. Nach amerikanischer Zeit wurde um 10.57 nachts Midland (Texas) in rascher Fahrt passiert, kurz nach 11 Uhr Odessa (Texas). Dann ging die Fahrt Richtung mehr nördlich, um 1 Uhr befand sich das Luftschiff südlich der Grenze des Staates Oklahoma.

Um 3.15 Uhr wurde Cartox, 3.25 Uhr El-City und um 4 Uhr Clinton in Oklahoma passiert. Das Luftschiff fuhr hier mit verminderter Geschwindigkeit und gelöschten Lichtern in genau östlicher Richtung.

Am Sonntag Start nach Friedrichshafen

Wie das Büro der Hamburg-Amerika-Linie erklärt, beabsichtigt Dr. Eckener, vier Tage nach der Ankunft in Lafayette, also etwa am kommenden Sonntag, mit dem „Graf Zeppelin“ den Rückflug nach Friedrichshafen anzutreten.

Staatssekretär Dr. Reizner, der zur Zeit in Washington zu Besuch weilt, wird heute nach Lafayette fliegen, um Dr. Eckener bei der Beendigung des Weltfluges des „Graf Zeppelin“ zu begrüßen.

Der Zeppelin wird in Lafayette 36 000 Postfächer abliefern. Das Luftschiff brachte 2522 Postfächer von Friedrichshafen für Los Angeles und 1813 für Los Angeles aus Tokio. Für Friedrichshafen hat „Graf Zeppelin“ 2 Postfächer an Bord, die die Fahrt um die Erde mitmachen.

Die Lage in Palästina

Die Araber gegen die Zionisten

Jerusalem, 28. Aug. (Tel.) Der Sonderkorrespondent des Reuterschen Büros meldet: Es sind jetzt genügend Streitkräfte vorhanden, um alle Aufstände, die über vereinzelte Ausschreitungen hinausgehen, zu verhindern. Am Freitag und Samstag war die Lage äußerst kritisch, da nur 1200 Polizisten, davon 200 britische, zur Verfügung standen. Anzeichen für eine England feindliche Stimmung sind nicht wahrgenommen worden.

Von arabischer Seite wird erklärt, der Zusammenstoß sei die unvermeidliche Folge der aggressiven Politik, die immer anmaßender werdenden Töne und der immer weitergehenden Ansprüche der Zionisten gewesen. Ein öffentlicher Tadel der furchtbaren Ausschreitungen von Hebron ist aber von maßgebender arabischer Seite nicht erfolgt. Der Reuters-Korrespondent erklärt die Anruhen aus der Psychologie des arabischen Bauern, der alles solange über sich ergehen lasse, wie es möglich sei und dann plötzlich Amok laufe. Es handle sich — so sagt er — um einen plötzlichen Ausbruch eines lange aufgespeicherten, aus Eifersucht und Angst gemischten Gefühles, das durch das Selbstbewußtsein der Zionisten noch härter geworden sei.

Die Meldung schließt: Die Straßen von Jerusalem sind nahezu menschenleer. Die meisten Läden sind geschlossen, die Privathäuser sind verriegelt und verbarrikadiert. Dieormaligen russischen Bürgerhäuser sind in Kasernen umgebaut, die mit Soldaten, Polizisten und Autos vollgestopft sind. Alle älteren Beamten sind freiwillige Polizisten geworden. Die Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln, Wasser und Beleuchtung ist gefährdet.

Zwei weitere britische Infanteriebataillone in Malta haben den Befehl erhalten, sich nach Jerusalem zu begeben.

Die Araber an den Völkerverbund

In einem Protest der arabischen syrisch-palästinensischen Delegation an den Generalsekretär des Völkerverbundes werden der Zionismus sowie England und der Völkerverbund, welche ihn begünstigen, für die Ereignisse der letzten Wochen verantwortlich gemacht. Der Arabische Kongress erklärt, seit 10 Jahren auf die verhängnisvollen Folgen hingewiesen zu haben, welche aus dem geschaffenen jüdischen Nationalheim in Palästina entstehen müssen, und fordert den Völkerverbund auf, die Balfour-Deklaration und das Palästinamandat aufzugeben. Neben dieser Protesteingabe sollen noch weitere arabische und jüdische Petitionen und Entschuldigungen, im ganzen bereits acht, beim Völkerverbund eingegangen sein.

Die „französische Stadt“ Saarbrücken

Dieser Tage ist bei der Stadtverwaltung Saarbrücken ein Schreiben eingegangen, das die Adresse trägt: „An den Maire der Stadt Saarbrücken“. In diesem Brief wird die Verwaltung der Stadt Saarbrücken aufgefordert, einen Zuschuß für den Bau des neuen französischen Nationaldenkmals, das irgendwo in Frankreich errichtet werden soll, zu leisten. Der „Maire“ wird in dem Schreiben ersucht, unverzüglich mitzuteilen, ob er höchstpersönlich in der Lage sei, das Protokoll der Sammlung zu übernehmen und sie selbst zu leiten. Falls ihm dies infolge dienstlicher Befindlichkeit nicht möglich sei, wird er aufgefordert, ein Komitee zu bilden und dessen Mitglieder namentlich nach Paris zu melden. Abender des Schreibens ist das französische Ministerium des Innern.

Autotour Lloyd Georges durch Deutschland. „Daily Chronicle“ zufolge ist Lloyd George am Dienstagabend von London nach dem Kontinent abgereist, um eine Autotour durch Belgien, Deutschland, Frankreich und Italien zu unternehmen.